

Sitzungsvorlage Nr. 333/2019

Verkehrsausschuss
am 22.05.2019



zur Beschlussfassung

- Öffentliche Sitzung -

15.04.2019 – VA33319
545 - VA-Ö - 333/2019

Zu Tagesordnungspunkt 5

Pendlerströme entzerren

Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 20. Oktober 2018

I. Sachvortrag

Die Fraktion Freie Wähler hat am 20. Oktober 2018 folgenden Antrag zum Haushalt 2019 gestellt:
„Untersuchung der Potentiale, durch Entzerrung der Pendlerströme Verkehrsbelastungen zu reduzieren.“
(V.17. – 540, Anlage 1)

Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung vom 14. November 2018 auf Empfehlung der Geschäftsstelle hin beschlossen, dem Antrag mit folgender Ergänzung zuzustimmen: *„Vorab wird eine Untersuchungskonzeption vorgelegt, auf deren Grundlage über das weitere Vorgehen und die Mittelverwendung entschieden wird.“*

Zur Umsetzung der Untersuchung zur Entzerrung der Pendlerströme wurden im Verbandshaushalt 70.000 € im Rahmen der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 veranschlagt und durch die Regionalversammlung am 5. Dezember 2018 beschlossen (RV-09018).

Stellungnahme der Geschäftsstelle:

1. Ausgangslage

Die Bewältigung von Verkehrsspitzen stellt eine der großen Herausforderungen für den öffentlichen Verkehr dar. Solche Verkehrsspitzen werden in der Regel von Berufs- und Schülerverkehren, fallweise auch von Veranstaltungsverkehren ausgelöst. Insbesondere aber die Überlagerung von Berufs- und Schülerverkehren in den frühen Morgenstunden sorgt regelmäßig für eine hohe Fahrgastnachfrage innerhalb eines kurzen Zeitraums. Die morgendliche Hauptverkehrszeit ist dimensionierungsrelevant, d.h. das in den öffentlichen Verkehrssystemen erforderliche Platzangebot bemisst sich an der dort erforderlichen Beförderungsleistung.

Die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen versuchen traditionell, die Nachfragespitzen durch größere Transportgefäße und/oder dichtere Fahrplankonzepte zu bewältigen. Die vorhandene Infrastruktur begrenzt jedoch die entsprechenden Handlungsspielräume. Ein Lösungsansatz besteht dagegen in der Beeinflussung der Fahrgastnachfrage, insbesondere in der morgendlichen Hauptverkehrszeit.

Wesentliche Impulse bzw. Handlungsansätze hierfür sind:

- Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Telearbeit/Homeoffice, Gleitzeitmodelle, Öffnungszeiten, etc.).
- Entzerrung der Schulanfangszeiten (ggf. auch Vorlesungszeiten an Hochschulen).
- Tarifangebote (z.B. zeitlich befristete Tickets, Kombitickets, „Lockangebote“).
- Verbesserte Einbindung von Verstärkerleistungen (z.B. Zwischentakte) ins Gesamtnetz.
- Angebotsverbesserungen außerhalb der Hauptverkehrszeiten.
- Angebotsverbesserungen auf tangentialen Relationen als Alternativverbindungen um den Ballungsraum herum.

2. Untersuchungskonzeption

Das vom VVS in diesem Zusammenhang angebotene Arbeitsprogramm (s. Anlage 2) konzentriert sich vor allem auf Maßnahmen, die innerhalb des Systems ÖPNV ohne die Mitwirkung Dritter eine Entzerrung von Nachfragespitzen bewirken können. Für schnellere Ergebnisse sollen die Auswertungen zunächst auf das S-Bahn-Netz und die morgendliche Spitzenstunde beschränkt werden. Bei der anschließenden Bewertung der Ansätze werden die Auswirkungen auf das gesamte Verkehrsnetz betrachtet.

Das Angebot beinhaltet

- eine Analyse der Fahrgastnachfrage auf den S-Bahn-Streckenästen,
- eine Analyse der Tarifnutzung (v.a. Wirkung des bestehenden 9-Uhr-Tickets),
- jeweils unter Auswertung der beim VVS vorhandenen Nachfragedatenbasis 2017 und der aktuellen Zählraten der S-Bahn aus 2018 –
- eine Analyse des Verkehrsangebots inkl. der Zu- und Abbringersituation sowie Alternativverbindungen auf Tangentialrelationen,
- eine Prüfung und Bewertung der Handlungsansätze auf ihre Wirksamkeit und Machbarkeit hin
- sowie die Bearbeitung und eine umfassende Ergebnisdarstellung.

Für die Ausarbeitungsdauer werden vom VVS zwei Monate veranschlagt. Der Preis beträgt 13.500 € (netto) und liegt damit weit unter dem im Verbandshaushalt 2019 hinterlegten Betrag von 70.000 €. Die Vergabe an die VVS GmbH wäre in diesem Fall nach § 8 Abs. 4 Nr. 10 UVgO zulässig, da die geforderte Leistung aufgrund des erforderlichen Zugriffs auf die Ergebnisse der VVS-Verkehrsstromerhebung 2017 nur von der VVS GmbH erbracht werden kann.

3. Bewertung

Das vom VVS angebotene Arbeitsprogramm erscheint geeignet, die wesentlichen – systemimmanenten – Potentiale zur Entzerrung der durch Pendler verursachten Verkehrsbelastungen im ÖPNV aufzuzeigen.

Nach der Einschätzung der Geschäftsstelle sollten auch Potentiale außerhalb des Systems ÖPNV in die Bewertung der Analyseergebnisse mit einbezogen werden. So schaffen vor allem die stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeiten und insbesondere die Flexibilisierung von Arbeitsorten völlig neue Möglichkeiten bei der relevanten Verlagerung von Verkehrsströmen. Laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wäre Heimarbeit bei rund 40 % aller Berufe in Deutschland grundsätzlich möglich – mit entsprechend positiven Auswirkungen im Verkehrsbereich. Die gesetzliche Verankerung von Heimarbeit wird derzeit auf Bundesebene diskutiert.

Nach den Ergebnissen der „WorkAnywhere“-Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz aus dem Jahr 2013 (Anlage 3) liegt das Potential des flexibleren Arbeitens zur Entlastung von Verkehrsströmen während der Hauptverkehrszeit allein in der Schweiz zwischen 7 und 13 %. Nach den technischen Entwicklungen der letzten sechs Jahre dürfte dieses Potential zwischenzeitlich noch deutlich höher liegen. Für die Region Stuttgart dürfte es mindestens auf einem vergleichbaren Niveau liegen.

Die genannten Aspekte sollten ob ihres Potentials in die Bewertung der durch die VVS GmbH zu erarbeitenden Ergebnisse mit einfließen.

II. Beschlussvorschlag

1. Der Verkehrsausschuss nimmt von der Stellungnahme der Geschäftsstelle Kenntnis.
2. Der Verkehrsausschuss bittet die Verwaltung, das als Anlage 2 beigefügte Angebot der VVS GmbH vom 12. April 2019 zu einem Preis von 13.500 € (netto) anzunehmen. Hierbei sollten jedoch nach Möglichkeit auch weitere Potentiale – etwa die Stärkung flexiblerer Arbeitszeiten und -orte – mit bewertet werden.
3. Nach Abschluss der Untersuchung soll der Verkehrsausschuss über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt werden.
4. Der Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 20. Oktober 2018 wird für erledigt erklärt.